

Protokoll:

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann teilt mit, dass dem Oberbürgermeister ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.09.2011 gestellt worden sei, vorliege, der vorsehe, dass das von der Verwaltung vorgeschlagene Einsparvolumen von 626.548 Euro, auf den Betrag von 600.000 Euro reduziert werde, sodass der frei werdende Betrag den Produkten 3621 (Jugendarbeit) und 3631 (sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) zugeführt werde.

Rm Keul-Göbel (CDU) stellt dar, dass die CDU-Fraktion es sehr bedauere, dass man durch die ADD „gezwungen“ sei, Einsparungen bei Leistungen im freiwilligen Bereich vorzunehmen. Die CDU-Fraktion trage sowohl den Antrag der SPD-Fraktion sowie die Einsparungsvorschläge der Verwaltung mit. Sie ergänzt, dass es für die Vereine immer schwieriger würde, die vorgenommenen Kürzungen aufzufangen, weshalb bereits der Vorschlag gemacht worden sei, dass die Verwaltung in dringenden Fällen auf die Stiftungen zurückgreifen solle. Dies sei insbesondere im Sozial- und Jugendbereich in bestimmten Fällen auch möglich, sodass man darum bitte, dies auch zu tun.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Wiechmann, MdL, erklärt, dass man die Kürzungen und Änderungen ebenfalls mittrage. Man sei dankbar, dass die SPD-Fraktion den Änderungsantrag gestellt habe, da gerade im Bereich Jugend und Soziales jeder Cent gebraucht werde. Es handele sich bei der Reduzierung der Kürzungen um 26.000 Euro für viele Vereine, Verbände und Organisationen um tatsächlich notwendige Mittel.

Rm Kaiser (FDP) erläutert, dass man davon ausgehe, dass die Vorschläge der Verwaltung wohlüberlegt seien und man den Änderungsantrag der SPD-Fraktion daher ablehne. Natürlich sei dies unangenehm, aber man stehe erst am Anfang eines Prozesses und solle nicht zu diesem Zeitpunkt schon den Mut verlieren, auch unangenehmes zu tun.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann weist darauf hin, dass die Vorgabe der ADD ein Einsparvolumen von 600.000 Euro vorsehe und die Verwaltung einen etwas höheren Betrag vorgeschlagen habe. Dementsprechend folge man mit dem Änderungsantrag den Vorgaben der ADD, was an dieser Stelle vollkommen ausreiche.

Rm Kaiser (FDP) merkt an, dass man nicht für die ADD spare, sondern für die Stadt und das gerade angeführte Argument deshalb kein Grund für seine Fraktion sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt seitens der Verwaltung fest, dass man an dem Vorschlag festhalte, allerdings auch Verständnis für den Änderungsantrag habe.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Dr. Gross teilt mit, dass man sich dem Änderungsantrag der SPD anschließe.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke äußert, dass man froh sei, ein Einsparvolumen i.H.v. 626.548 Euro erreicht zu haben, weshalb man an dieser Summe festhalten wolle.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, wird der Änderungsantrag der SPD-Fraktion bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion und der FBG-Fraktion angenommen.